

Pressekonferenz der Bundeskanzlerin mit EZB Präsident Trichet und IWF Gouverneur Strauss-Kahn: keine Bankenbeteiligung an Griechenlandhilfen

Griechenland wird sich weiterhin der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft erfreuen können. Dies wurde bei der Unterrichtung der Fraktionen des Bundestages, die am 3. Mai über die deutsche Beteiligung am Hilfspaket abstimmen, deutlich. Es zeichnet sich ab, dass das Paket umfangreicher und länger gestaltet wird als bisher angenommen. Damit erhält das Land Zeit, sein Budget und seine Wirtschaft zu sanieren.

Auf die Herabstufung der Griechenanleihen am 27.4. geben die Verantwortlichen erstmals eine eindeutige Antwort, eine Antwort, die sowohl der Logik des Euroraums als auch der Anfälligkeit der Finanzmärkte Rechnung trägt.

Was den Euroraum angeht, ist ein vielfach diskutierter Ausschluss einzelner Ländern weder rechtlich noch wirtschaftlich eine realistische Option. Das gilt offensichtlich für die schwachen Länder wie Griechenland, für die der Euro zur Entwicklung ihrer Wirtschaft unentbehrlich ist. Aber genauso – und das wird vielfach übersehen – hat Deutschland vom Euro massiv profitiert. Dies bestätigen nicht nur die Wirtschaftsverbände wie der DIHK sondern ein einfacher Blick auf die Exporte. 1998, im Jahr vor der Währungsunion lag der deutsche Exportüberschuss bei etwa 5 Mrd. Euro im Monatsdurchschnitt, zehn Jahre später hatte sich diese Zahl auf fast 15 Mrd. Euro verdreifacht. Eine Fortsetzung dieses Exportwunders ist bei einer Auflösung des Euroraums - verbunden mit einer aufwertenden „neuen DM“ – kaum vorstellbar; neue Handelskonflikte innerhalb Europas in einem solchen Fall dagegen schon.

Was die Finanzmärkte angeht, hat der Absturz des DAX um 4% seit dem Bekannt werden der Abstufung einen kleinen Vorgeschmack auf mögliches Ungemach gegeben. Schließlich sind die Finanzwerte, die die Börsen wesentlich bestimmen, stark in Griechenland involviert. Allein deutsche Banken wie die Commerzbank mit insgesamt 57 Mrd. Euro. Allein eine Umschuldung mit einer Reduzierung des Nennwerts der Anleihen hätte neue Verluste in Milliardenhöhe produziert. Diese wären direkt (weniger Steuern) oder indirekt (durch neue Verwerfungen auf den Kapitalmärkten) vom Steuerzahler zu tragen. Denn auch wenn die Bankenkrise von deutschen Politikern für beendet erklärt wird, ist der Aufschwung noch nicht stabil.

Jetzt liegt es noch an den Verantwortlichen in Griechenland, ihren Teil der Verpflichtung zu erfüllen – Stichtage sind hier der 2. Mai, an dem die Vereinbarung mit dem IWF stehen soll sowie der 6. Mai, an dem das griechische Parlament abstimmt. Jedoch deutet alles darauf hin, dass sich die dort regierenden Sozialisten letztlich ihrer Verantwortung für ihr Land und dessen Sanierung stellen. Eine schmerzliche Grundsanierung der griechischen Wirtschaft wird von den politischen Führern nicht nur immer wieder bekundet sondern liegt auch im ureigensten Interesse des Landes. Das bedeutet mehr Wirtschaftsleistung, mehr Exporte – nicht nur von Oliven und Tourismusleistungen – bei weniger Konsum. Griechenland könnte in einigen Jahren ein Erfolgskonzept für Sanierungen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr MPC Team